

Neue Aufforderung:

Interzonenverkehr erleichtern!

Schreiben der Westmächte an Semjonow und Dengin — Pankow lehnt ab

Berlin (Eigenmeldung). Die drei westlichen Oberkommissare haben trotz der Ablehnung ihrer ersten Note durch den sowjetischen Hohen Kommissar Semjonow einen neuen Vorstoß unternommen mit dem Ziel, die Freiheit des Verkehrs zwischen der Bundesrepublik, der Sowjetzone und Berlin herzustellen. In gleichlautenden Noten an Semjonow bedauern sie, daß die Sowjets auf die konkreten Vorschläge des Westens nicht eingegangen sind. Sie wiederholen deshalb ihre Vorschläge und sprechen sich für ein Treffen der vier Oberkommissare zur Ausarbeitung von Richtlinien aus. Gleichzeitig regten die westalliierten Stadtkommandanten in übereinstimmenden Schreiben an den sowjetischen Vertreter in Berlin, Dengin, erneut Besprechungen zur Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen zwischen den Sektoren an.

Die Oberkommissare schlagen in der Note an Semjonow Beratungen von Fachleuten der Bundesrepublik und der Sowjetzone über folgende Punkte vor:

Öffnung verschiedener Interzonenübergänge, Verbesserung des Interzonenstraßen- und Bahntransportwesens, Beseitigung der Verkehrsbeschränkungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik, freie Verbreitung von Druckerzeugnissen.

Die deutschen Experten könnten praktische Lösungen finden, die sofort verwirklicht werden sollten, wenn die Oberkommissare eine Einigung darüber erzielen. Sollte Semjonow mit dieser Verfahrensweise einverstanden sein, so sei eine sofortige Sitzung der Oberkommissare zweckmäßig. Dabei sollten Richtlinien ausgearbeitet werden, die es den Fachleuten gestatten würden, mit ihren Beratungen unmittelbar zu beginnen.

Für die ebenfalls geforderte Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigungen bei Reisen in die Sowjetzone, die Beseitigung der Sperrzone und der Stacheldrahtverhau sowie aller Formalitäten im Personenverkehr zwischen Berlin und der Zone würde nach Ansicht der Ober-

kommissare eine einfache Anordnung der Sowjetzonenbehörden genügen.

Wörtlich heißt es in den Schreiben der Oberkommissare: „Die Probleme, auf die sich meine Vorschläge beziehen, betreffen auch weiterhin in erster Linie die vier Besatzungsmächte bis zu dem Zeitpunkt, an dem die deutsche Einheit wiederhergestellt ist. Keine dieser Mächte hat das Recht, in dieser Hinsicht ihren Verpflichtungen auszuweichen. Aus diesem Grunde obliegt es den vier Mächten die Hindernisse, die der Bewegungsfreiheit der Deutschen im Wege stehen, zu beseitigen; soweit die Beibehaltung dieser Hindernisse auf Handlungen oder das Unterlassen von Handlungen der Behörden der sowjetischen Besatzungszone zurückzuführen ist, wird meine Regierung auch weiterhin die sowjetischen Behörden für die Unmöglichkeit verantwortlich machen, Fortschritte auf dem Wege zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu erzielen. Darum habe ich Sie in meinem letzten Schreiben gebeten, mir Ihren Standpunkt zu den klaren Vorschlägen mitzuteilen, die mit Ihnen zu besprechen ich mich erboten habe.“

In Bonn wurde der alliierte Schritt sowohl von Kreisen der Bundesregierung und der Koalitionsparteien, als auch von der Opposition begrüßt. Das Presseamt der Sowjetzonen-Regierung hat zu den Vorschlägen der westlichen Oberkommissare ablehnend Stellung genommen.

DT. Es ist im gesamtdeutschen Interesse sehr zu begrüßen, daß die westlichen Oberkommissare und Stadtkommandanten in ihren Bemühungen um Erleichterung des interzonalen und intersektoralen Verkehrs nicht nachlassen. Sowjetischerseits reagiert man hierin bekanntlich nicht schnell. Aber schließlich muß man reagieren, wenn ein Problem angesprochen wird, dessen vorhandenen einfachen Lösungsmöglichkeiten man auf die Dauer nicht ausweichen kann. Im Grunde genommen ist schon eine Annäherung dergestalt herbeigeführt, daß deutsche Fachleute von beiden Seiten die praktischen und technischen Fragen beraten sollen. Das entspricht der östlichen Erklärung, es handle sich bei Interzonenfragen um „deutsche Angelegenheiten“, die von den „Deutschen selbst“ geregelt werden müßten.

Semjonow und Dengin sollten einsehen, daß sich ein interalliiertem Schriftverkehr um eine überaus akute Frage nicht verewigen läßt, wenn man sich nicht selbst in eine schlechte Position hineinmanövrieren und allen Kredit verscherzen will. Es gibt für sie keinen plausiblen Grund mehr, einer direkten Aussprache über die nur noch festzuliegenden Formalitäten auszuweichen.

J. B. GRADL:

Es ist wirklich gefährlich

Die Zeit zwischen der Berliner Viererkonferenz und der für Ende April festgesetzten Genfer Asienkonferenz bringt zwar immer wieder erregende Nachrichten — in der letzten Woche zum Beispiel die Erklärung des amerikanischen Präsidenten über sofortige Atomabwehr —, aber daß in bezug auf Deutschland die Weltpolitik wirklich ein spürbares Stück weiterkäme zu großen Lösungen, dieses Gefühl kann man nicht haben.

Irgendwie ist für uns grauer politischer Alltag. Im Grunde ist alles wieder so wie vor der Viererkonferenz, und es ist zum-eist nicht schön.

Natürlich muß das Leben weitergehen. Natürlich auch kann Deutschland nur als Teil sich rühren, solange der andere Teil in roten Fesseln liegt. Aber die Gemächlichkeit der Politik der Mächtigen, die rasche Anpassung der Diplomatie, die Routine auch des eigenen Lebens — kurz und ungut, der Anschein der Selbstverständlichkeit, mit der die Teilung Deutschlands bei alledem als Status hingenommen wird, das ist es, was die eigentliche Sorge macht. Jene Sorge, die Welt könnte sich mit der Teilung Deutschlands de facto schließlich abfinden.

Die Kernfrage

In einer Schweizer Zeitung ist neulich als Leitsatz der Politik der Großmächte folgendes formuliert worden: „Die Großmächte haben nur ein wesentliches Interesse: daß es in absehbarer Zeit nicht zu einem dritten Weltkrieg kommt. Die Kernfrage für die Großmächte lautet daher: Was ist wahrscheinlicher — daß die weiterdauernde Teilung Deutschlands den heutigen Friedenszustand nicht stört, oder daß sie die Kriegsgefahr erhöht?“ („Die Tat“, Zürich). Als Deutscher ist man von solcher Frage einigermaßen verblüfft. Für uns, die wir von der Spaltung direkt betroffen sind, ist es selbstverständlich, daß eine „weiter-

dauernde Teilung“ schwerste Gefahren für den Frieden in sich birgt. Die Welt sollte sich darüber nicht im klaren sein?

Die deutsche Sowjetzone ist für den Osten nicht nur Vorfeld, das gewissermaßen als Luftwarnzone und Teil des Sicherungsgürtels für den kommunistischen Kernraum wertvoll ist. Die Sowjetzone ist zugleich der Raum, in dem die einfache Anwesenheit genügt, um den benachbarten Westen mit Angst zu bedrücken. Die größte Gefahr jedoch liegt in der steten Versuchung des Ostens, die weit nach Westen reichende Sowjetzone als Sprungbrett zu mißbrauchen. Es ist wohl richtig, daß die Männer des Kreml heute am Frieden sehr interessiert sind und einen großen Krieg nicht wollen. Aber gefährliche Situationen bleiben selbst bei gutem Willen gefährlich. Jedenfalls sollte niemand im Westen glauben, er könnte sich in Ruhe und Frieden geborgen fühlen, solange die andere, die kommunistische Welt mit ihrer militärischen Macht und ihrem politischen Fanatismus im Herzen Europas steht.

Gut, kann man sagen, der Westen muß an der Überwindung der deutschen Spaltung stärkstens interessiert sein. Aber gilt das auch für den Osten? Ob die sowjetischen Politiker die Welt immer so zu sehen vermögen, wie sie wirklich ist, das kann man bezweifeln. Das Verhalten Molotows in der österreichischen Frage auf der Berliner Viererkonferenz unterstreicht die Berechtigung dieser Zweifel. Und dennoch —, sollten sich die Herren der Sowjetunion nicht vorstellen können, welche dynamische Kraft sich in einem Volke wie dem deutschen, einem Volke von Größe, Geschichte, eigener Kultur, anspeichert, wenn es in dem heutigen Zustand der Spaltung bleibt?

Keine „blutverwandte“ Partei

Niemand weiß, wie die Geschichte geht. Wir wissen nur, daß sie entgegen dem Anschein des Alltags sich bewegt. Nach den Erfahrungen der Geschichte, auf die sich gerade die sowjetischen Politiker in ihren Reden so gern berufen, wäre der Glaube ungeheuer töricht und gefährlich, das deutsche Volk

könnte sich damit abfinden, daß die Hälfte seines Landes genommen und, was viel bedrückender ist, fast ein Drittel seiner Menschen einem fremden System unterworfen wurde. Malenkow hat in seiner Wahlrede vor einer Woche — laut „Tägliche Rundschau“ unter „anhaltendem Beifall“ — gesagt, das Sowjetvolk „vertraut seiner blutverwandten Partei“. Für uns jedenfalls ist die kommunistische Partei und ihr System nicht blutverwandt, sondern genau das Gegenteil. Und gerade der Teil unseres Volkes, der dem Ganzen fehlt, ist ihm im Zeichen dieses Systems genommen. Es ist nicht Nationalismus und Revanchelust, sondern ganz einfach der Zwang der tatsächlichen Gegebenheiten und die aus ihnen kommende Sorge, die zu der Mahnung zwingen, daß eine weiterdauernde Teilung Deutschlands den Friedenszustand nicht nur stört, sondern nur zu sehr gefährdet.

Sollten der Welt diese für Deutsche so naheliegenden Überlegungen wirklich unbekannt sein? Oder auch nur so fraglich sein, wie es die eingangs erwähnte Schweizer Stimme scheinen läßt? Wenn ja, kann ist das ein weiteres Alarmzeichen, daß wir unseren Willen zur Wiedervereinigung durch unser Verhalten viel stärker beweisen und sichtbar machen müssen.

Ein Fehlschluß

Der Fehlschluß im Ausland, die Deutschen könnten sich mit der Teilung abfinden und die Aufrechterhaltung der Teilung wäre deshalb für den Frieden ungefährlich, hat verschiedene Ursachen. Entscheidend aber dürfte dabei sein: Die scheinbare Ohnmacht gegenüber dem furchtbaren Schicksal der Teilung hat bei den einzelnen Deutschen eine gewisse Ratlosigkeit im politischen Denken und eine gewisse Lähmung der nationalen Initiative erzeugt. Von daher kann, das muß zugegeben werden, nach draußen der irrige Eindruck entstehen, unser Volk sei bereit zu resignieren. Um so drängender und wichtiger ist die Aufgabe gesamtdeutscher Aktivität aus der Breite und Tiefe des Volkes — um die Welt zu mahnen und um die deutsche amtliche Politik zu tragen, notfalls auch zu stoßen.

Schweigemarsch der Opfer des Stalinismus

Berlin (Eigenmeldung). Einen Schweigemarsch, bei dem sie ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für die politischen Gefangenen der Sowjets“ vorantrugen, unternahmen über tausend Angehörige der Vereinigung der Opfer des Stalinismus von Tiergarten nach Charlottenburg. Sie legten am Denkmal für die Opfer des Stalinismus am Steinplatz, wo bereits ein Kranz des Regierenden Bürgermeisters und des Präsidenten des Abgeordnetenhauses lagen, einen Kranz nieder.

Beratung über Notaufnahme

Bonn (Eigenmeldung). Die Ministerpräsidenten der Länder treten in Bonn mit der Bundesregierung zu einer Sitzung zusammen, um über das Notaufnahmeverfahren für Flüchtlinge aus der Sowjetzone zu verhandeln. Es soll geprüft werden, ob die Bestimmungen im Sinne einer „Straffung des Verfahrens“ geändert werden können.

Berliner Wahlen am 5. Dezember?

Berlin (Eigenmeldung). Im Ältestenrat des Abgeordnetenhauses ist am Dienstag zum erstenmal die Frage des Berliner Wahltermins erörtert worden. Wie verlautet, besteht bei allen drei Fraktionen die Neigung, den ersten Dezember-Sonntag dieses Jahres, also den 5. Dezember 1954, als Wahltermin zu bestimmen.

Gewählt werden die Vertreter für ein neues Abgeordnetenhaus sowie für die Bezirksverordneten-Versammlungen. Ein endgültiger Beschluß über den Wahltermin soll in Kürze ausgearbeitet werden.

470 000 Wohnungen

Bonn (Eigenmeldung). Der Bundeswohnungsbauminister Preusker rechnet damit, daß im laufenden Jahr in Westdeutschland noch mehr Wohnungen gebaut werden als im vergangenen. Er erklärte, für 1954 sei schon jetzt der Bau von 470 000 Wohnungen gesichert, nachdem im vergangenen Jahr 515 000 Wohnungen gebaut worden seien.

Ärger bei der SED

Die Führer der FDJ und des FDGB mögen linientreue Kommunisten sein; ihre Gefolgschaften sind es nicht. Der Ostberliner SED-Vorsitzende Alfred Neumann selbst hat das jetzt auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz seiner Partei ärgerlich feststellen müssen. Um nichts bemüht sich die SED so sehr wie um die Arbeiterschaft und Jugend, und nichts erweist sich offensichtlich so störrisch und undankbar, wie diese beiden Gruppen.

Am auffälligsten ist das „Versagen“ der Berliner Jugend, sich aktivistisch für den „Kampf um Berlin“ als Randalierer, Zettelkleber und Massendemonstranten zur Verfügung zu stellen. Alfred Neumann charakterisiert sie wörtlich: „Die Mehrheit der Berliner Jugend nimmt in den Lebensfragen unseres Volkes eine schwankende und abwartende Haltung ein und ist zum Teil von der chauvinistischen Hetze im Geiste der Revanche und des Kosmopolitismus beeinflusst. Das Staatsbewußtsein gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik ist schwach entwickelt... Die Hauptschwäche der FDJ bestand darin, daß sie sich nicht auf die Gewinnung

der Arbeiterjugend konzentrierte und in ihren Leitungen kleinbürgerliche Elemente duldete, die dieser Aufgabe auswichen.“

Natürlich will Alfred Neumann mit dieser scharfen Kritik die beabsichtigte vollständige Eingliederung der FDJ in die SED rechtfertigen. Die Schulungsarbeit, die er außerdem verstärkt innerhalb der Arbeiterschaft durch eine tägliche „politische Aufgabenstellung“ vor Arbeitsbeginn fordert, um der „Arbeitslangsam-Hetze“ entgegenzuwirken, ist um so notwendiger, als die Arbeiter wie die Jugendlichen auf die politische Grundschulung des „4. Parteilehrjahres“ absolut sauer reagieren: sogar von den SED-Mitgliedern nehmen nur 42 Prozent daran teil. Und zu allem Ärger mußten jetzt sogar die Wahlen innerhalb der Gewerkschaft Land und Forsten abgebrochen werden, weil die Gefahr eines Übergewichts „feindlicher Kräfte“ bestanden hat, die nicht das Vertrauen der Partei besitzen...

Eine niederschmetternde Bilanz für die SED. Denn was ist schon ein „Staatswesen“ in Gegenwart und Zukunft, wenn es weder auf die Arbeiterschaft noch auf die Jugend bauen kann.

Immer mehr Ostmark

Nach der Devise „jedes Aufsehen vermeiden“, änderte die Sowjetzonenstaatsbank Ende Oktober 1953 ihren ohnehin nichtsagenden Notenbankausweis, in dem die Höhe der gesamten Geldmenge nicht mehr genannt und die Errichtung eines sogenannten Emissionsfonds bekanntgegeben wurde, dessen Aufgabe völlig unklar blieb. Pankow gab von diesem Zeitpunkt an nur noch die in Umlauf befindliche und in den Kassen der Kreditinstitute lagernde Geldmenge an.

Was damals nur vermutet werden konnte, ist heute durch den Notenbankausweis der Sowjetzonenstaatsbank bestätigt worden: Pankow bringt zusätzliches Geld in Umlauf und inflationiert die Geldmenge. Die seit der Währungsumstellung im Juni 1948 in der Sowjetzone mit allen Machtmitteln des totalen Staates auf gleicher Höhe gehaltene Bargeldmenge betrug

4169 Mill. Ostmark. Heute werden als umlaufendes Geld bereits 4073 Mill. Ostmark und als kümmerliche Kassenreserve der Banken 98 Mill. Ostmark ausgewiesen. Das macht zusammen bereits 4171 Mill. Ostmark. Hierzu tritt noch der sogenannte Emissionsfonds, der bei seiner Errichtung auf 351 Mill. Ostmark beziffert wurde.

Seit August 1952 und damit bezeichnenderweise seit der Propagierung des „Aufbaues des Sozialismus“ ist die Kurve des Bargeldumlaufes der Sowjetzone ständig gestiegen. Das Geld fließt einfach nicht mehr in dem gewünschten Umfang über die HO und sonstigen staatlichen Einnahmestellen in die Staatsbank zurück.

Die Barreserve der Banken ist dadurch von einstmals einer Milliarde auf 98 Mill. Ostmark zusammengeschnitten, so daß Pankow schleunigst zusätzliches Geld in Umlauf bringen mußte.

Eisenhower: Sofort Gegenschlag

Angriffs-Abwehr notfalls ohne Zustimmung des Kongresses

Washington (AP/DPA). „Wenn jemand angegriffen wird, dann ruft er nicht erst die Polizei, sondern er wehrt sich“, erklärte Präsident Eisenhower vor der Presse zu der Frage, ob und wann der Präsident der USA sein Land in einen Krieg führen kann, ohne den Kongreß vorher zu betragen. Ein Präsident, der angesichts eines unmittelbar drohenden Angriffs auf Amerika untätig warten wolle, bis der Kongreß den Krieg erklärt habe und nicht sofort zurückschlage, müßte wegen Amtsverletzung belangt oder sogar gehängt werden, sagte Eisenhower. In bestimmten Fällen wie etwa beim Einsatz der Wasserstoffbombe, müsse die Nation dem Urteil des Präsidenten vertrauen.

Außenminister Dulles sagte, wenn es zu einer Aggression kommen sollte, die als Vorläufer eines Angriffs auf die USA selbst zu werten sei, so könne der amerikanische Präsident in diesem einen Fall den Gegenschlag anordnen, ohne vorher die Kriegserklärung des Kongresses abzuwarten. Ein Angriff beispielsweise auf Paris käme einer „Kriegserklärung an die USA“ gleich. Wo der Gegenschlag zu führen sei, werde Amerika mit seinen NATO-Verbündeten abprechen. Eine „massive Vergeltung“ könne auch durch eine Küstenblockade erfolgen. Unter einer kommunistischen Aggression müßten auch militärische, politische oder propagandisti-

sche Maßnahmen verstanden werden.

Diese klärenden Worte werden auch ihre Wirkung auf jene nicht verfehlen, die vielleicht immer noch an die Möglichkeit eines erfolgreichen „Blitzangriffes“ gegen die westliche Welt denken in der Hoffnung, daß eine automatische Wiedervergeltung größtenteils ausbleibt. In diesem Zusammenhang ist die NATO oftmals als zu schwerfällig kritisiert worden. Ihre größte Schwäche sei, so wurde immer wieder betont, daß Amerika nicht sofort über die zeitraubende Kongreßbefragung hinweg militärisch aktiv würde, falls irgendein europäischer Mitgliedsstaat angegriffen würde.

Kampfprogramm gegen KP

Italien wehrt sich — Beschluß des Kabinetts

Rom (AP). Das italienische Kabinetts hat eine großangelegte Offensive gegen die kommunistische Partei beschlossen. In einer Geheim Sitzung wurde ein Kampfprogramm gebilligt, durch das die „demokratischen Einrichtungen gegen die totalitären politischen Mächte, die nachgewiesenermaßen unter ausländischer Kontrolle stehen“, verteidigt werden sollen.

Aus dem Kommuniqué geht hervor, daß an Maßnahmen auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens, des Finanz- und Kreditwesens, auf kulturellem Gebiet und an eine Überprüfung der

Ein derart formales Denken wäre undenkbar in einem Zeitpunkt, da es in jedem Fall um die Existenz der gesamten freien Welt gehen würde. Formalismus und Realismus stehen sich hier gegenüber. Eisenhower ist kein Formalist. Er sieht die Situation real und weiß sich darin einig mit der amerikanischen Bevölkerung. Die reale Einstellung aber erfordert das sofortige entscheidende Eingehen auf die jeweilige plötzliche Situation. Und sie erfordert den Ausbau eines Verteidigungsapparates, für den nicht mehr die „Ist-Stärke“ der Infanterie und nicht mehr die „Kopffzahl der Männer unter Waffen“ ausschlaggebend sind, sondern die „wissenschaftlichen Erkenntnisse“, mit denen Eisenhower sein „gestrafftes“ Rüstungsprogramm rechtfertigt.

Angestellten und Beamten des Staates gedacht ist.

Die Großoffensive gegen die italienische KP wird sich vor allem gegen die kommunistischen Handelsfirmen in Italien richten, die das finanzielle Rückgrat der Partei bilden. Nach Ermittlungen der italienischen Regierung haben diese Firmen der italienischen KP bisher etwa 30 Mrd. Lire (rund 230 Mill. DM) zur Verfügung gestellt.

Explosivkraft unbegrenzt

Washington (DPA). Die Wasserstoffbombe - Explosion, die von den USA am 1. März im Pazifik ausgelöst wurde, habe bewiesen, daß die Explosivkraft der Wasserstoffbombe unbegrenzt sei, wurde aus Kreisen des US-Kongresses bekannt.

Die zur Explosion gebrachte Bombe habe die gleichen Kräfte wie 12 bis 14 Mill. t hochwirksamen Sprengstoffs entfesselt. Amerikanische Wissenschaftler seien der Ansicht, daß sie jetzt eine Wasserstoffbombe herstellen könnten, die die Wirkung von 100 Mill. t Dynamit habe.

Die Explosion war, nach einem Bericht des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time“, in ihrer Wirkung 500mal größer als die der Atombombe von Hiroshima im Jahre 1945.

Er glaubt ihnen nicht

Wien (DPA). Der Sowjetsoldat Batanow hat nach seiner Flucht in den Westen das „Ideal des wirklichen Kommunismus“ gefurten. Dies erklärte er sowjetischen Offizieren, die den bereits Asylberechtigten zur Rückkehr in das „Vaterland der Werktätigen“ bewegen wollten. Nach Mitteilung eines britischen Sprechers in Wien kam es bei einem Interview des Soldaten durch Sowjetoberst Tschernischenko zu folgendem Rede- und Antwortspiel:

„Sind Sie aus freiem Willen abtrünnig geworden?“

„Ja.“

„Wie werden Sie behandelt?“

„Wie es meinem Ideal vom wirklichen Kommunismus entspricht, zum Unterschied von der gegenwärtigen sowjetischen Form des Sozialismus.“

„Der sowjetische Oberkommandierende hat mich zu der Feststellung ermächtigt, daß Ihnen bei einer Rückkehr verziehen wird und Sie nicht bestraft werden.“

„Ich glaube es nicht.“

Das „Westberliner Aufgebot“ der SED

Aussichtsloses Aktionsprogramm — Wieviel Kommunisten gibt es überhaupt?

Irgendwo in Westberlin strömen ein paar hundert Menschen aus einem S-Bahnhof, versammeln sich hastig auf einer Straße und rufen SED-Parolen aus. Ehe die mitgebrachten Flugblätter in die Luft geworfen sind, haben die Demonstranten die ersten Zusammenstöße mit der Bevölkerung; einige beziehen Prügel. Die Polizei stellt die Personalien fest: Es sind SED-Funktionäre aus Ostberliner Großbetrieben, von ihrer Parteileitung in die Westsektoren geschickt. 10 Minuten später ist der Spuk vorbei, die randalierenden Kommunisten ziehen sich zum S-Bahnhof zurück. Das Ganze heißt im Ostberliner SED-Jargon „Organisierung von Massenaktionen der Werkfähigen“ und soll, wie die SED-Bezirksleitung Berlin beschloß, in den kommenden Wochen zur „großen Linie“ werden.

Was hier geplant und vereinzelte bereits in kümmerlicher Form ausgeführt wurde, ist keine Demonstration der Macht. Die SED hat einen schwerwiegenden politischen Rückzug angetreten: Sie hat eingesehen, daß sie in der Bundesrepublik jede Wirkungsmöglichkeit verloren hat, und konzentriert ihre Bemühungen auf Westberlin.

Die Gewalt versagte

Diese kommunistische Politik setzt ein schlechtes Gedächtnis voraus. Dieselben SED-Führer, die heute die Westberliner beeindruckend möchten, führten die Blockade gegen die Stadt. Die östlichen Funktionäre, die sich heute angeblich um Westberliner Arbeitslose bemühen, schufen durch ihre Abschneidungsmaßnahmen die Voraussetzungen zur Arbeitslosigkeit Zehntausender Berliner. Die SED sorgt sich heute angeblich um Westberliner Wohnungsfragen und um die Schulspeisung sechsjähriger Kinder. Als diese Kinder im Säuglingsalter waren, sperrte ihnen die SED erbaumungslos Frischmilch und westdeutsches Obst! Als die Berliner Trockenkartoffeln aßen, weil die Sowjets den Interzonenverkehr blockierten, erklärte Ebert: „Wir lassen sie zu Kreuze kriechen!“

Die Berliner sind nicht zum SED-Kreuz gekrochen. Und sie haben nicht vergessen. Manche Prügel, die SED-Funktionäre bei ihren Krawallaktionen heute von Westberliner Arbeitern beziehen, war ihnen schon 1943 zugebracht.

Das alte Programm

Seit den ersten Tagen der Viererkonferenz arbeitete die SED Berlin an einem „Aktions-

programm zur Beendigung der Spaltung Berlins“. Anfang März lag es vor, und in seiner Präambel kann man lesen: „Die Beendigung der Spaltung ist einzig möglich durch die durch vorangegangene Massenaktionen herbeigeführte Aktionseinheit aller Berliner, deren Ziel sein muß: Ganz Berlin unter einen demokratischen Magistrat!“ Also: Inszenierung von Unruhen und Streiks in Westberlin; kommunistische Infiltration, die zum Umsturz führen soll, und schließlich Einsetzung einer kommunistischen Bezirksverwaltung.

„Nationale Front“ von 20 Mann

Angesichts des aufgeplusterten kommunistischen Aktionsprogramms erhebt sich die Frage: Wie stark sind eigentlich SED und FDJ in Westberlin? Einige Delegiertenkonferenzen, die kürzlich abgehalten wurden, gaben die verblüffende Antwort darauf:

Ein Westberliner Bezirk umfaßt durchschnittlich ganze 150 bis 180 SED-Mitglieder sowie 100 bis 120 FDJ-Mitglieder. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 80 Prozent dieser FDJ-Mitglieder gleichzeitig in der SED organisiert sind! Rund 75 Prozent

aller dieser Kommunisten arbeiten in höheren Funktionen in Ostberlin und bleiben nur auf Parteibefehl in den Westsektoren, um wenigstens vorzutäuschen, daß es noch Kommunisten in Westberlin gibt.

Die „Ausschüsse“ und kommunistischen Tarnorganisationen in Westberlin aber existieren nur auf dem Papier — oder im Ostsektor! Vom sogenannten „Großcourth-Ausschuß“ angefangen bis hinunter zu den „Erwerbslosen-ausschüssen“ arbeiten alle jenseits der Sektorengrenze und besitzen lediglich einige in Westberlin verbleibende Funktionäre, die als „Westberliner“ Aushängeschild im jeweiligen „Präsidium“ präsentiert werden. Die gesamte „Nationale Front“ Westberlins besteht zur Zeit aus rund 20 Mann, von denen 16 das SED-Mitgliedsbuch besitzen.

Zur Tempelhofer FDJ-Delegiertenkonferenz mußten alle Mitglieder als ihre eigenen „Delegierten“ erscheinen, weil sonst der Kulturraum in dem als Tagungsort dienenden Reichsbahnausbesserungswerk nicht voll geworden wäre!

Von diesen peinlichen Tatsachen möchte die SED ablenken. Sie hofft, durch Demonstrationen auf Westberliner Straßen in den Mittelpunkt politischer Diskussionen zu geraten und für eine starke Partei gehalten zu werden. „Keine Mauer und kein Schornstein ist zu hoch in Westberlin, um unsere Fahne darauf zu pflanzen!“ gab Honecker als Parole für das FDJ-Fingstreffen aus. Was soll das? Am 17. Juni holten FDJler in Ostberlin die roten Fahnen von den Ministerien — ohne Aufforderung. Warum sollten sie sie in Westberlin aufpflanzen?

Keiner will zurück

Berlin (DPA). Der Versuch des Sowjetzonen-Staatssekretariats für Hochschulwesen, geflüchtete Wissenschaftler zur Rückkehr zu bewegen, ist erfolglos geblieben, berichtet das „Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen“. Das Staatssekretariat habe in den letzten Wochen Professoren mit dem

Auftrag in die Bundesrepublik entsandt, in persönlichen Gesprächen die geflüchteten Wissenschaftler zur Rücksiedlung zu überreden. Diese Versuche seien unternommen worden, weil es bisher nicht gelungen sei, den Mangel an Lehrkräften an den Hochschulen der Sowjetzone zu beseitigen.

Die Freiheit wird ausradiert

Was die SED-Presse druckt — und was sie nicht druckt

In der „Täglichen Rundschau“ vom 24. Februar fand man einen auffallend aufgehämten Artikel „Lachend das Ernste sagen“. Verfasser: Arnold Zweig, Nationalpreisträger und Vizepräsident des Kulturbundes. Inhalt: Linientreuer Lobgesang zum „Geburtstag“ der Roten Armee. SED-Konfektionschreiberei. Der gleiche Arnold Zweig hatte genau zwölf Tage zuvor auf der IV. Kulturbundtagung in Dresden eine Rede gehalten, die wirklich Wesentliches enthält und bedeutsam vom Einheits-schema der Lobeshymnen abwich. Darüber brachte das „Neue Deutschland“ nur einen ganz nebensächlichen Satz. Mehr noch: Es gab um diese Rede unliebsames Parteiaufschen. Und das LDP-Organ „Sächsisches Tageblatt“, das es unternommen hatte, diese Rede abzudrucken, bekam die Folgen peinlich zu spüren. Indirekt wurde so bestätigt, was Arnold Zweig gesagt hatte — und was in der SED-Presse ungedruckt blieb: „Die Freiheit wird ausradiert.“

Diese Rede des sonst parteifrommen Arnold Zweig lohnt abgedruckt zu werden. Er sagte u. a.: „Wir müssen meiner Meinung nach darauf Wert legen, daß wir als Kulturbund unser kostbarstes Gut, die jungen Menschen, überhaupt unsere

Menschen, vor den Beschädigungen des gesellschaftlichen Apparates schützen. Es ist nicht nur so, daß sich unsere Sprache in Kauderwelsch verwandelt oder zu verwandeln droht. Es ist sogar so, daß viele Begriffe nicht mehr da sind, die unsreinem, als wir aufwuchsen, selbstverständlich waren, z. B. der Begriff der Muße, daß ein Mensch spazieren gehen muß, um Gedanken zu fassen, daß ein Mensch inmunde sein muß, sich allein einzuschließen oder isoliert auf eine Bank zu setzen und etwas zu lesen, ohne daß das zu einer Instruktion wird, ohne daß er gefragt wird, ob das in Übereinstimmung mit irgendeiner Verpflichtung geschieht, die in die Grundlagen der DDR eingegangen ist . . .

Wir sind biologisch in der Lage, die einzelnen Menschen, die einzelnen Wesen zu verändern. Wir sind auch in der Lage, durch den Druck der Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens die Menschen zu verändern, aber daß wir uns immer vornehmen, alles zu verändern, was um uns existiert, scheint mir ein Fehler zu sein.

Es muß also, glaube ich, von uns als Kulturbund eine Warnung ausgesprochen werden vor der zu großen Inanspruchnahme der einzelnen und vor dem Aus-

radieren der Freiheit, der Muße im Zusammenleben unserer Landsleute.

Das Glück junger Menschen, daß sie sich entwickeln und entfalten können, wollen wir nicht ganz aus unserem Blickfeld entfernen. Wir wissen, wie gefährlich es ist, aber wir haben genügend Vorsichtsmaßnahmen und können sie treffen, um zu verhindern, daß aus Freiheit Anarchie, daß aus Muße Schlandrian und Lebensunfähigkeit wird. Eine Organisation wie die DDR, in ihrer Straffheit, in ihrem Vorwärtsdrang, in ihrer Aufbaufreude, ist Einfluß genug, und wir müssen besonders in den kleinen Orten, in den Dörfern, in den Schulen, in den Pionierparks der Kinder viel von dem Humanismus unserer Arbeit hineinlegen. Aber Humanismus und stramme Organisation haben sich immer widersprochen.

Widersteht dem Übel, kämpft gegen das Übel und laßt nicht aus unserem Deutsch eine Bürokratsensprache machen mit Befehlen und Floskeln, die euch in einen Konflikt mit eurem eigenen Wesen bringt.“

Alle Macht für Ulbricht

Berlin (DPA). Der erste SED-Sekretär Walter Ulbricht wird nach dem vierten Parteitag Anfang April von seinem Posten als stellvertretender Ministerpräsident der Sowjetzone zurücktreten, verläutet aus informierten Kreisen. Er wird die gesamte Macht des Parteiapparates übernehmen. Die bisher mit Pieck und Grotewohl besetzten Posten von zwei Parteivorsitzenden sind bekanntlich im neuen Statutenentwurf der SED nicht vorgesehen.

Mit dieser Regelung wird auch in der Sowjetzone die Trennung zwischen Regierungs- und Parteifunktionen nach sowjetischem Muster vollzogen.

FDJ im D-Zug

Berlin (Eigenmeldung). Für das FDJ-Pfingsttreffen in Berlin muß das Eisenbahnministerium zwölf Sonderzüge bereitstellen. Hierfür sollen auch Zweiter-Klasse-D-Zugwagen zur Verfügung gestellt werden. Die in den vergangenen Jahren für die FDJ eingesetzten Züge mit Kleinbahnwagen wurden vom Zentralsekretariat abgelehnt.

Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Mehlmann, zuletzt wohnhaft in Gardelegen/Sa.-Anhalt, zul. Pächter der Bahnhofswirtschaft. Ist verdächtig der Zuträgerdienste für den SSD.

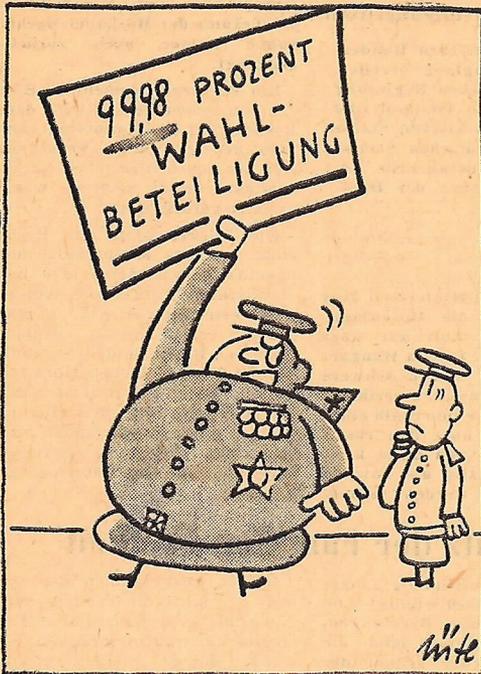
2. Müller, Josef, genannt „Beppo“, etwa 35 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Bitterfeld/Sa.-Anh., Mitglied der SED, SED Funktionär, zuletzt Angestellter der Kreisverwaltung als Abt. Leiter für Inneres. Ist verdächtig der Arbeit für den SSD.

3. Olbort Liesa, etwa 3 Jahre alt, wohnhaft in Potsdam, Brandenburger Str 7, Mitgl. der

SED, früher langjährige Dolmetscherin bei den Sowjets, später hauptamtl. bei der SED-Kreisleitung, danach Sachbearbeiterin im Außenministerium der DDR und zuletzt Angst. b. d. Deutschen Notenbank Potsdam. Ist verdächtig der Arbeit für den SSD.

4. Olschok, Paul, etwa 40 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Joachimsthal, Kr. Angermünde, „empliner Str. 30, Mitgl. d. SED, zuletzt Angst. d. Stadtverwaltung. Ist verdächtig, Kontakt mit dem SSD zu haben.

Sowjetische Wahlen



„Die Erfahrung der Geschichte lehrt, Genosse, daß uns 100% niemand glaubt!“

Nur flüstern . . .

Kleine Anfrage

Bezirksdelegiertenkonferenz zum IV. SED-Parteitag. Die Obergossen donnern die Untergossen zusammen: Sie müßten viel aktiver werden im Dienste des Friedens und gegen die westdeutsche Remilitarisierung.

Ruft Obergenosse Bums: „Nehmt euch ein Beispiel an dem Genossen Piesecke hier! Heute hat er sich in die Reihe der Friedenskämpfer gestellt!“

Kommt aus dem Zuhörerraum prompt die Gegenfrage: „Zu welcher Waffengattung der Vopo kommt er denn?“

Sicherer

Auch in Dresden wird der neue Thälmann-Film der DEFA gezeigt. Die erste Vorstellung ist sicherheitshalber nur mit SED-Mitgliedern besetzt worden. SSD-Chef Wollweber, der zufällig in der Stadt ist, nimmt die Gelegenheit wahr, inkognito in die Vorstellung zu gehen, um zu sehen, wie sich die SED-Genossen benehmen.

Alle klatschen zu seiner Freude überaus eifrig und zeigen ein Übersoll an Begeisterung. Wollweber ist so zufrieden, daß er nur friedlich vor sich hin nickt.

Stößt ihn sein Nachbar an und flüstert: „Wir denken ja alle wie du, Genosse, aber klatsche doch lieber mit . . . es ist sicherer!“

Endstation Sehnsucht

In ihren unermüdeten Anstrengungen um die Schaffung eines „sozialistischen Verkehrswesens“ hat die Pankower Regierung beschlossen, den sowjetzonalen Eisenbahner-Nachwuchs nun auch in der Politik ans eingleisige Fahren zu gewöhnen. Die richtige ideologische Weichenstellung wird durch einen neuen Lehrplan gewährleistet, den das Eisenbahnministerium für die Reichsbahnschulen aufgestellt hat.

Zur Ausbildung von Lokomotivführer-Anwärtern werden da zum Beispiel 50 Stunden Lokomotivkunde, 60 Stunden Lokomotivbetrieb, aber 98 Stunden Gesellschaftswissenschaften für erforderlich gehalten. Dabei sol-

len „der Kampf Ernst Thälmanns“, der Klassenkampf, die „Bedeutung der Werke Lenins“ und ähnliche Themen behandelt werden, die zur beruflichen Er-tüchtigung von Lokomotivführern so ungemein nützlich sind. Schließlich müssen diese ja nicht in-mstände sein, ihre Einheitsbahn wieder in Gang zu bringen, falls ihr mal auf freier Strecke die Puste ausgeht. Statt dessen können sie vielleicht das Miß-vergnügen der Reisenden durch Aufklärungs-vorträge in sozialistische Begeisterung verwandeln.

Da freilich alle Umerziehungs-versuche der SED bisher so wenig gefruchtet haben, darf man getrost annehmen, daß auch die Heranzüchtung einer Generation

Die Prüfung

Bei einer politischen Prüfung wandte sich der SED-Vorsitzende an den Genossen Müller: „Nenne uns ein gutes Beispiel von revolutionärer Kritik, Genosse.“

„Herr Meyer ist ein unzuverlässiger, hinterlistiger, reaktionärer Imperialist, weil er aus der DDR geflohen ist.“

„Ausgezeichnet. Kannst du uns jetzt auch noch ein Beispiel von scharfer Selbstkritik geben?“

„Oh ja. Ich dagegen bin ein hoffnungsloser Dummkopf, weil ich es nicht tat.“

von Volldampf-Aktivisten, für die alle Wege nach Moskau führen, immer nur Ulbrichts „Endstation Sehnsucht“ bleibt.

Moderner Staat am Bosphorus

Die Türkei als Eckpfeiler der westlichen Verteidigungsfront

Die türkische Hauptstadt Ankara hat dem deutschen Bundeskanzler bei seinem Besuch einen festlichen Empfang bereitet. Dr. Adenauer hält sich auf Einladung der türkischen Regierung neun Tage in der Türkei auf. Überall zwischen Istanbul und Ankara sieht man an den Zeitungskiosken der türkischen Städte Bilder des Bundeskanzlers. Zum Besuch des deutschen Staatsmannes sind in der türkischen Öffentlichkeit ausführliche Lebensbeschreibungen über den „großen alten Mann“ der Deutschen erschienen.

Mit Respekt spricht man in der Türkei von Dr. Adenauer und vom deutschen Wirtschaftswunder. Man weiß diese Leistungen um so höher einzuschätzen, als sich die Türkei nach dem ersten Weltkrieg in einer ähnlichen Lage befand wie Deutschland am Tage der Kapitulation. Mühsam hat sich das Land inzwischen unter der straffen Führung Kemal Atatürks wieder einen Platz an der Sonne erkämpft.

Hundert Jahre nach der geringschätzigen Bemerkung des Zaren Nikolaus I. über den „kranken Mann am Bosphorus“ ist die Türkei nun der stärkste Eckpfeiler der westlichen Verteidigungsfront, ein Bollwerk gegen den unter der Maske des Kommunismus vordringenden Panlawismus.

Und daß die Worte vom „starken Mann am Bosphorus“ keine leere Phrase sind, haben die türkischen Soldaten auf dem koreanischen Kriegsschauplatz bewiesen.

Seit Jahren ist die sechshundert Kilometer lange Grenze zur Sowjetunion hermetisch abgeriegelt. Kilometerweit ziehen sich Stacheldrahtverhau über die anatolische Steppe, gelegentlich von Bunkern und Schützengräben gesichert. In diesem Vorfeld der sowjetischen Expansionspolitik war und ist der Kalte Krieg weniger kalt. Oft genug bleiben im Stacheldrahtverhau Agenten und Spione hängen, und ein gelegentlicher Kugel-

wechsel gehört fast schon zur Abwechslung im eintönigen Dienst der Grenzpatrouillen.

Im türkischen Hinterland aber jagen heulend die Düsenjäger der türkischen Luftwaffe über einsame Dörfer. In den Hangars der Flugplätze stehen schwere Bomber modernster amerikanischer Bauart, die innerhalb einer halben Stunde über den russischen Ölfeldern von Baku kreisen könnten, falls die Sowjets hier aggressiv werden sollten.

Schutz der Familien-Freiheit

Mit einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Hauptthema ihrer Beratungen, den Familienfragen, fand die fünfte Tagung der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands im Spandauer Johannisstift ihren Abschluß.

In der Entschließung wird festgestellt, daß die Synode über die Regelung des väterlichen Entscheidungsrechts in der Familie zu keiner Einmütigkeit gekommen sei.

Zum Verhältnis der Ehegatten erklärte die Synode, daß das staatliche Recht die innere Ordnung der Ehe möglichst unangestastet lassen sollte.

Ferner hält es die Synode für geboten, an dem geltenden Recht der obligatorischen Zivilehe festzuhalten, da sie fürchtet, daß die Einführung der fakultativen Zivilehe zu Gewissenszwang und Rechtsverwirrung führen könnte.

Und dieser moderne türkische Krummsäbel hat die Expansionsgelüste und Konstantinopel-Träume der Moskauer Macht-haber immer noch zurückgedrängt.

Ein schönes, angenehmes Bild des türkischen Lebens wird dem Besucher in der Hauptstadt Ankara gezeigt. Dieses Schaufenster des neuen türkischen Nationalstaates zeigt moderne westliche Dekorationen.

Die Türken sind mit Recht stolz auf ihre Hauptstadt: der Fremde jedoch, der echtes unverfälschtes türkisches Volksleben kennenlernen will, tut gut daran, nach Kaiseri, Konia, Smyrna, Bursa und Istanbul, der Stadt am Goldenen Horn, zu fahren. Denn im Schatten der Hagia Sophia und im Halbdunkel der alten Basare spürt man noch den Hauch der großen Vergangenheit des Osmanischen Reiches.

In den Diskussionen der Synode herrschte die Tendenz vor, die Allmacht des Staates in Familienfragen einzuschränken. Es wurde immer wieder betont, daß der Staat die Pflicht habe, die Familie zu schützen, jedoch sei es schon fraglich, ob es seine Aufgabe sei, sie durch juristische Maßnahmen, die in ihr Gefüge eingreifen, zu fördern.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231, Druck: W. Büxenstein, GmbH.